

**Sitzung des Fachausschusses „Soziales, Jugend, Gesundheit und Inneres“ des
Stadtteilbeirates Gröpelingen am 21.05.2014**

Protokoll

Sitzungsort: Übergangwohnheim für Flüchtlinge
Schiffbauerweg 4, 28239 Bremen

Nr.: XI/05/13

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend sind:

Frau Marion Bonk	Herr Adedipo Ogunyena
Herr Aftab Chand	Frau Petra Wontorra (Vertretung)
Herr Norbert Holzapfel	Frau Barbara Wulff
Frau Anne Hölting	

An der Teilnahme sind verhindert:

Frau Ursula Neke
Gabriele Yardim

Als Gäste können begrüßt werden:

Frau Franziska Görlich	AWO Bremen
Herr Heiko Hergert	Die Senatorin für Soziales
Herr Senihad Sator	Jugendparlament Gröpelingen

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. XI/04/14 vom 23.04.2014

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

TOP 3: Vorstellung des Flüchtlingsheimes, Schiffbauerweg 4
dazu: Franziska Görlich / AWO Bremen

TOP 4: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

- Schaffung von mehr Krippenplätzen

TOP 5: Bericht aus den Gremien

- Sachstandsbericht „Streetwork im Grünzug“

Nichtöffentlich:

TOP 6: Globalmittel – 1. Vergaberunde 2014

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. XI/04/14 vom 23.04.2014 – gem. FA Arbeit und Soziales

Das Protokoll der Sitzung vom 23.04.2014 liegt noch nicht vor. Dagegen wird das Protokoll Nr. XI/02/14 vom 12.02.2014 (gemeinsame Sitzung mit dem FA „Bildung, Kultur, Integration und Sport“) genehmigt.

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird unter TOP 4 um folgenden Punkt ergänzt und anschließend genehmigt:

- Antrag „Bürgernahe Polizeiarbeit im Stadtteil sicherstellen“

TOP 3: Vorstellung des Flüchtlingsheimes, Schiffbauerweg 4

Frau Görlich schildert die aktuelle Situation in der Einrichtung. Die allermeisten Ziele, die sich der „Runde Tisch Flüchtlinge“ gesetzt hatte, um den Heimbewohnern die Eingewöhnung so angenehm wie möglich zu gestalten, konnten verwirklicht werden. So wurde die Unterkunft sehr gut angenommen und nennenswerte Probleme waren weder innerhalb des Wohnheimes, noch im Verhältnis der Heimbewohner zur Umgebung bis dato zu verzeichnen.

Der Bildungsstand der Erwachsenen entspricht dem Durchschnitt der zugeteilten Migranten im ganzen Stadtgebiet. Die Flüchtlinge aus Syrien, die den Hauptanteil der Bewohner ausmachen, beherrschen mehrheitlich neben ihrer arabischen oder kurdischen Muttersprache auch Englisch oder Französisch. Zur verbesserten Teilhabe am öffentlichen Leben wird im Hause Deutschunterricht auf ehrenamtlicher Basis angeboten.

Darüber hinaus hat die Universität Bremen unter dem Arbeitstitel „Intouch“ drei erwachsenen Heimbewohnern die Möglichkeit eröffnet, im Gasthörerstatus an Vorlesungen in unterschiedlichen Fakultäten teilzunehmen.

Im Rahmen einer Injobber-Kampagne nimmt unter Leitung der WABEQ die Idee Gestalt an, eine Fahrradreparaturwerkstatt an der Getreidestraße einzurichten.

Herr Hergert führt aus, dass der Flüchtlingsdruck auf das Bundesgebiet wieder steigt und bis Jahresende mit einer Zahl von rd. 200.000 Asylsuchenden im Bundesgebiet zu rechnen ist, von denen, entsprechend dem Königsteiner Schlüssel, auf Bremen rd. 2.000 entfallen werden. Unter Verweis auf die sich zuspitzende Situation in anderen Flüchtlingsunterkünften und die bestehenden Kapazitäten des Heimes im Schiffbauerweg, richtet die Sozialbehörde den Appell an die Adresse des Beirates, die Zahl der Aufnahmeplätze im Übergangwohnheim auf 95 aufzustocken.

Ein Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 1) formuliert die Bedingungen des Beirates für eine Zustimmung und wird einstimmig verabschiedet.

TOP 4: Entscheidungsbedarf in StadtteilangelegenheitenSchaffung von mehr Krippenplätzen

Ein Papier unter dem Arbeitstitel „Benachteiligung von Gröpelingen abbauen – Schaffung von mehr Krippenplätzen“, das Herr Bürgermeister Böhrnsen und Frau Senatorin Stahmann gegenüber am 07.05.2014 vorgetragen wurde (Anlage 2) wird dem Plenum zur Kenntnis gebracht. Zustimmende Kenntnisnahme.

Bürgernahe Polizeiarbeit im Stadtteil sicherstellen

Ein Antrag der SPD-Fraktion, der sich auf eine optimierte Ansprechbarkeit der örtlichen Kontaktbereichsbeamten richtet (Anlage 3) wird einstimmig beschlossen.

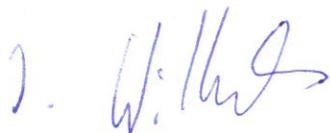
TOP 5: Bericht aus den GremienSachstandsbericht „Streetwork im Grünzug“

Es wird bekannt gegeben, dass im Gefolge einer Senatsentscheidung, die Sozialarbeit des Streetworkers Jonas Pot d'Or fortgesetzt wird. Die Planungen am Treffpunkt für sozial randständige Menschen an der Debstedter Straße werden dementsprechend wie geplant fortgesetzt. Gegenwärtig steht das baurechtliche Antragsverfahren über die Errichtung des Unterstandes vor dem Abschluss und die Untersuchung des Geländes durch den Kampfmittelräumdienst wird derzeit vorgenommen.

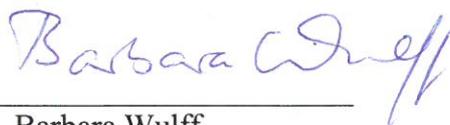
Des Weiteren gibt das OA West bekannt, dass eine Zusammenkunft von VertreterInnen der KiTa Bremen mit der Senatorin für Soziales im Beisein der OALin, das am 14.05.2014 in Reaktion auf das gemeinsame Positionspapier „7 Punkte für eine bessere frühkindliche Bildung in Gröpelingen“ der Gröpelinger KiTAs zustande kam, in sehr offener und konstruktiver Atmosphäre geführt wurde. Die vorgetragenen Punkte werden in die Vorlage für den Jugendhilfeausschuss einfließen. Der Fachausschuss nimmt davon Kenntnis.

Vorsitzender/Protokoll:

Sprecherin:



Ingo Wilhelms



Barbara Wulff

Beschluss des Beirates Gröpelingen

Belegung des Flüchtlingsheimes Schiffbauerweg

1. Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen wird aufgefordert, den Beirat Groepelingen vierteljährlich über die Zusammensetzung der Bewohnerschaft des Flüchtlingsheimes Schiffbauerweg 4, in Groepelingen, zu unterrichten. Der Beirat wünscht Informationen über
 - die Zahl der dort wohnenden Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter und deren Bildungsstand/Sprachkenntnisse;
 - die Zahl der schulpflichtigen Kinder (Grundschule, Oberschule, Berufsschule) und deren Schulbesuch;
 - die Zahl der zu betreuenden Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren und deren Aufnahme in Kitas;
 - die Zahl der Kleinkinder unter 3 Jahren und deren Betreuungsangebot.
2. Ziel des Beirates ist es, eine ausgewogene Belegung mit einer sozialen Mischung der Bewohnerschaft sicherzustellen.
3. Weiterhin fordert der Beirat die zuständige Senatorin auf, Beschäftigungsangebote für die erwachsenen bzw. jugendlichen BewohnerInnen zu entwickeln, z. B. Tätigkeiten in einer Fahrradwerkstatt.
4. Werden die unter Punkt 1 bis 3 genannten Bedingungen erfüllt, kann der Beirat einer Erhöhung der Kapazität des Wohnheims auf bis zu 95 Plätze zustimmen.

Bremen, den 22.05.2014

(anlässlich der Fachausschusssitzung „Soziales, Jugend, Gesundheit und Inneres“ am 22.05.2014 einstimmig beschlossen)

Benachteiligung von Gröpelingen abbauen - Schaffung von mehr Krippenplätzen

Kinderbetreuungspolitik ist ein wesentliches Politikfeld um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sicherzustellen. Eine bedarfsorientierte und verteilungsneutral organisierte Kindertagesbetreuung leistet einen Beitrag für eine gute Bildung von Anfang an, für das gemeinsame Leben und Lernen in der sozialen Stadt, die Förderung der individuellen Entwicklung und sozialen Integration der Kinder sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In den ersten Lebensjahren erwerben Kinder die Voraussetzungen für Spracherwerb, Lese- und Rechenfertigkeiten sowie für Motorik und soziale Interaktion. Die frühkindliche Bildung erfüllt somit eine Schlüsselfunktion, um echte Chancengleichheit und auch um gelungene Integration zu gewährleisten. Diese Ziele kann Kinderbetreuungspolitik aber nur dann erreichen, wenn Kinder aus bildungsfernen Milieus sowie aus Familien mit einem sogenannten Migrationshintergrund entsprechend als Adressaten unserer Politik Berücksichtigung finden. Aktuelle Studien untermauern, dass Grundschüler und -schülerinnen aus Familien, in denen etwa beide Eltern nicht in Deutschland geboren sind oder in sozioökonomischer Armut leben, im Lesen, Schreiben und Rechnen besonders schlecht abschneiden. Dort, wo diese Kinder ein Angebot frühkindlicher Betreuung wahrgenommen haben, sind die Defizite deutlich geringer. Dabei sind die Effekte je größer, desto früher die Kinder ein institutionelles Tagesbetreuungsangebot wahrnehmen.

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung ist ein zentrales Gestaltungselement einer Politik des sozialen Zusammenhalts und der präventiven Bekämpfung von Armut. Dafür müssen in allen Stadtteilen bedarfsgerechte und attraktive Angebote geschaffen werden, selbst wenn diese – wie in vielen sozial benachteiligten Ortsteilen – von den Eltern nicht eingefordert werden. Darüber hinaus muss die Ausbauplanung sicherstellen, dass ausreichende und passende institutionelle Angebote in den Stadtteilen zur Verfügung stehen, die auch Menschen unterschiedlicher Konfessionen ansprechen.

Gröpelingen ist der Stadtteil mit dem schlechtesten Sozialindex, dem höchsten Sprachförderbedarf von Kindern ein Jahr vor der Einschulung und gleichzeitig der Stadtteil, der die schlechteste Versorgungsquote und den geringsten Anteil an Ganztagsplätzen bei den unter 3-Jährigen in ganz Bremen aufweist. Aber gerade in Stadtteilen wie Gröpelingen, in denen viele Kinder in Armutslebenslagen aufwachsen, geht es darum, soziale Benachteiligungen durch Sprachförderung und frühkindliche Bildung in den Kitas auszugleichen und für gute Startchancen in der Schule zu sorgen.

Die Betreuungsbedarfe bei den Familien mit Kindern unter drei Jahren in Gröpelingen sind wesentlich höher als die aktuellen Platzangebote. Die Anmeldesituation, die bisher von der Sozialbehörde zur Angebotsplanung herangezogen wird, ist nur ein sehr unzureichender Gradmesser für die aktuellen Bedarfe. Eltern und Erziehungsberechtigte finden oftmals kein wohnortnahes Angebot vor und schrecken dann von einer Anmeldung zurück. Auch Informationsdefizite oder Unsicherheiten können eine Ursache für ausbleibende Anmeldungen trotz vorhandenen Bedarfs sein. Das derzeitige Planungsverfahren befördert daher sozial ungleiche Versorgungsstrukturen in den Stadtteilen. Daher greifen vergleichbare Großstädte zur Angebotsplanung auf die Ergebnisse von repräsentativen Elternumfragen zurück. Eine solche Umfrage liegt mittlerweile auch für Bremen vor. So zeigen die Ergebnisse des Deutschen Jugendinstituts (DJI) von 2013, dass in Gröpelingen 57 Prozent der Eltern einen Betreuungswunsch geäußert haben. Einen konkreten Betreuungsbedarf sieht das DJI bei ca. 46 Prozent der Kinder unter drei Jahren. Unter Berücksichtigung des eingeschränkten Anspruchs für unter Einjährige ergibt sich ein Mindestbetreuungsbedarf der unter 3-Jährigen für Gröpelingen von ca. 42 Prozent.

Zwischen Bedarf und Angebot besteht in Gröpelingen eine erhebliche Versorgungslücke. Es muss daher dringend in Gröpelingen eine Infrastruktur geschaffen werden, um die gemeinsame Verantwortung für Kinderbetreuung wahrzunehmen. Der Ausbau der Krippenplätze ist ein wichtiger Schritt. Als Angebot an Gröpelinger Familien muss deshalb eine ausreichende Menge an Kinderbetreuungsplätzen für unter 3-Jährige vorhanden sein. Zur Erhöhung der Versorgungsquote auf ein bedarfsgerechtes Niveau müssen bei der derzeitigen Kinderzahl mindestens 130 Plätze kurz- und mittelfristig geschaffen werden.

Dabei sollte sich zunächst auf die Kindertagesstätten des kommunalen Trägers «KiTa Bremen» konzentriert werden, weil diese Einrichtungen in besonderem Maße von der Klientel angenommen werden, die im Hinblick auf den frühkindlichen Förderbedarf und die soziale Integration angesprochen werden sollen. Zudem besitzen diese Einrichtungen bisher bereits Betreuungsplätze für 3- bis 6-Jährige. Durch eine Erweiterung dieser Angebotskapazitäten kann die Durchgängigkeit der Betreuung verbessert werden.

Wie unsere Recherchen vor Ort ergaben, gibt es Ausbaumöglichkeiten bei folgenden Einrichtungen:

- Kinder- und Familienzentrum Am Nonnenberg: Einrichtung einer Dependence im Bürgerhaus Oslebshausen: Umfang von 10 Plätzen
- Kinder- und Familienzentrum Schwarzer Weg: Ausbau auf dem Gelände: Umfang von 40 Plätzen
- Kinder- und Familienzentrum Halmer Weg: Ausbau auf dem Dach und im Gelände: Umfang von 40 Plätzen
- Kinder- und Familienzentrum Pastorenweg: Ausbau auf dem Gelände oder Umwandlung von Horträumlichkeiten nach Eröffnung des Ganztagsbetriebs an der Grundschule Pastorenweg: Umfang von 40 Plätzen

Neben diesen kurzfristigen Ausbaumöglichkeiten sollte geprüft werden, inwieweit es möglich ist, in Gröpelingen eine neue durchgängige Kindertagesstätte zu errichten. Der Stadtteil Gröpelingen weist eine konstant hohe Geburtenrate auf. Die Ortsteile von Gröpelingen gehören zu den kindereichsten in der ganzen Stadt Bremen. Ein attraktiver Neubau würde zudem die Aufmerksamkeit im Stadtteil für die Kindertagesbetreuung erhöhen. Nicht zuletzt zeigen die Erfahrungen mit dem 2011 eröffneten Neubau in der Wischhusenstraße, dass eine solche Einrichtung von den Eltern auch gut angenommen wird.

Wir erwarten die Vorlage einer kurz- und mittelfristigen Ausbauplanung, die geeignet ist, die Benachteiligung Gröpelingens spürbar zu verringern.

Bremen, den 07.05.2014

Barbara Wulff / stellvertretende Sprecherin Beirat Gröpelingen und Sprecherin des Fachausschusses „Soziales, Jugend, Gesundheit und Inneres“ des Beirates Gröpelingen

Ulrike Pala / Leiterin Ortsamt West

Beschluss des Beirates Gröpelingen

Bürgernahe Polizeiarbeit im Stadtteil sicherstellen

Der Senator für Inneres wird aufgefordert, den Beirat Gröpelingen, wie im Jahr 2013 vereinbart, fortlaufend über die Entwicklung der Aufgaben und Auslastung der Polizeistation Oslebshausen und des Polizeireviers Gröpelingen zu informieren und seine Zusagen aus dem Jahr 2013 einzuhalten.

Begründung

Der Probetrieb der neuen Polizeistation Oslebshausen ist im vergangenen Jahr, nach der Lösung einiger Konflikte um die Aufgaben der Kontaktpolizisten im Rahmen ihrer Sprechzeiten, erfolgreich verlaufen und konnte verstetigt werden. Die Kontaktbeamten werden im Ortsteil Oslebshausen nunmehr als präsent und engagiert wahrgenommen.

Dennoch häufen sich Beschwerden, wonach die Kontaktbeamten Bürgerinnen und Bürger immer häufiger auch dann an andere Reviere verweisen, wenn sie lediglich Delikte wie Fahrraddiebstähle anzeigen möchten. Dies entspricht nicht dem Geist der Vereinbarungen zwischen Beirat und Ressort, weshalb das Ressort sich hierzu äußern soll.

Bremen, den 22.05.2014

(anlässlich der Fachausschusssitzung „Soziales, Jugend, Gesundheit und Inneres“ am 22.05.2014 einstimmig beschlossen)